



BERLIN

AKTUELL

Ausgabe 165
19. Januar 2018

EINWURF

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

zunächst wünsche ich Ihnen und Ihren Familien ein frohes, gesundes und glückliches Jahr 2018!

Derzeit sind die politischen Diskussionen in Berlin von dem von CDU, CSU und SPD ausgehandelte Sondierungspapier geprägt. Mit Spannung schauen wir auf den am Sonntag stattfindenden SPD-Sonderparteitag, der im Sinne unseres Landes den Weg für Koalitionsverhandlungen hoffentlich frei machen wird. Einen Überblick über die Ergebnisse der Sondierungen und den aktuellen Stand der Dinge finden Sie auf dieser Seite.

Ungeachtet der noch ausstehenden Regierungsbildung wurden in dieser Sitzungswoche die Fachausschüsse des Bundestages eingesetzt (Seite 2). Ebenso haben wir wichtige Weichenstellungen hinsichtlich des Familiennachzugs für subsidiär Schutzberechtigte (Seite 2) und der Bekämpfung von Antisemitismus in Deutschland gestellt (Seite 3). Das neue Jahr legt also ebenso ereignisreich los wie das vergangene abgeschlossen hat. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen viel Spaß bei der Lektüre!

Herzliche Grüße
Ihr Patrick Schnieder

ABSCHLUSS DER SONDIERUNGEN

Der Anfang ist gemacht

Am vergangenen Freitag konnten nach intensiven Gesprächen die Sondierungsverhandlungen zwischen CDU, CSU und SPD abgeschlossen werden. Die Ergebnisse sind in meinen Augen eine gute Grundlage für weitere Verhandlungen.

Insbesondere die Einigungen in der Migrations-, Integrations- und Steuerpolitik sowie die Entlastung von Familien stellen für mich wichtige Fortschritte dar. In der Asylpolitik spiegeln die Vereinbarung auf eine Begrenzung des Familiennachzugs auf humanitäre Fälle, die Einrichtung von Transitzentren und die Ausweitung der sicheren Herkunftsländer auf Staaten mit einer Anerkennungsquote von unter fünf Prozent die eindeutige Handschrift der Union wider. Die Erhöhungen des Kinderfreibetrages, des Kindergeldes und des Kinderzuschlages, allesamt Forderungen aus unserem Wahlprogramm, werden zu einer erheblichen Entlastung für Familien führen. In der Steuerpolitik wollen wir den Solidaritätszuschlag in dieser Legislatur für 90 Prozent der Steuerzahler abschaffen. Zudem konnten wir durchsetzen, dass es keine Steuererhöhungen, auch nicht für Spitzenverdiener, geben wird. In Zeiten höchster Steuereinnahmen wäre dies unredlich.

Auch die Schaffung von 15.000 neuen Stellen bei der Polizei und die Etablierung eines Sofortprogramms für die Pflege, welches eine bessere Personalausstattung und Bezahlung in der

Altenpflege vorsieht, stellen wichtige Maßnahmen zur Modernisierung unseres Landes dar. In anderen Bereichen ist die Union Kompromisse eingegangen. Wer eine Koalition schmieden möchte, muss auch hierzu bereit sein. Keiner der Kompromisse läuft jedoch unseren inneren Überzeugungen zuwider. Auch wenn, das gehört zur Wahrheit dazu, uns die Absicherung des Rentenniveaus bis 2025 auf dem heutigen Niveau von 48%, die Wiedereinführung der Parität bei den Beiträgen zur Gesetzlichen Krankenversicherung und das Recht auf befristete Teilzeit in Unternehmen ab 45 Mitarbeiter sehr schwer gefallen sind.

Nun liegt es zunächst in der Hand der Delegierten des SPD-Sonderparteitages, ihrer Parteiführung Rückhalt zu geben und dem Eintritt in Koalitionsverhandlungen zuzustimmen. Dieses innerparteiliche Verfahren ist zu respektieren. Provokationen und Sticheleien halte ich an dieser Stelle für unangebracht. Auch wenn ich mir von einigen Sozialdemokraten natürlich wünschen würde, dass sie das große Ganze stärker in den Blick nehmen. Die Welt und Europa warten nicht auf uns. Wir dürfen uns nicht auf dem Wohlstand der Gegenwart ausruhen. Jetzt gilt es, gemeinsam die Weichen für die nächsten Jahre zu stellen. Die Union ist bereit, Verantwortung zu übernehmen und die drängenden Herausforderungen in Deutschland in Angriff zu nehmen.

BERLIN I

Weitere Fördermillionen für den Eifelkreis



Foto: BMVI

Gemeinsam mit dem Parlamentarischen Staatssekretär des BMVI Rainer Bomba, dem Kreisbeigeordneten Rudi Rinnen und dem Breitbandbeauftragten Helmut Berscheid (v. l.) bei der Übergabe des Förderbescheides.

Gemeinsam mit dem Kreisbeigeordneten des Eifelkreises Bitburg-Prüm Rudi Rinnen und dem Breitbandbeauftragten der Kreisverwaltung Bitburg-Prüm, Helmut Berscheid, konnte ich in Berlin erneut einen Förderbescheid im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur für den Ausbau von schnellem Internet in der Eifel entgegennehmen. Nur neun Monate nach der letzten Förderung des Eifelkreises über 12,8 Mio. Euro stellt dieser Bescheid über 3,1 Mio. Euro bereits die zweite Förderung im laufenden Jahr dar.

Die Gelder stammen aus dem Breitbandförderprogramm des Bundes, welches ich im Jahr 2015 mit initiiert habe. Das

Ziel der Förderung ist eine flächendeckende Versorgung aller Orte eines Ausbaubereiches mit Übertragungsgeschwindigkeiten von mind. 50 Mbit/s. Die Union hat in den vergangenen vier Jahren Wort gehalten und den großflächigen Glasfaserausbau angestoßen, nun werden die Ergebnisse nach und nach sichtbar. Unsere Bemühungen tragen nun Früchte. Sämtliche Landkreise meines Wahlkreises werden daher nun mit Fördermitteln gefördert und der Ausbau beginnt in diesem Jahr. Für die Menschen in der Eifel sind das hervorragende Nachrichten. Großer Dank gebührt an dieser Stelle auch der Kreisverwaltung, die erneut einen herausragenden Förderantrag eingereicht hat.



Foto: Schnieder

Wir freuen uns über 3,1 Mio. Euro für den Ausbau von schnellem Internet im Eifelkreis.

BERLIN II

Bundestag setzt Fachausschüsse ein

Einstimmig hat der Bundestag am Mittwoch dieser Woche 23 ständige Ausschüsse eingesetzt und ihre Aufgaben sowie Größen bestimmt. Jedem Ressort der Bundesregierung entspricht dabei ein Ausschuss. Hinzu kommen Ausschüsse für besondere Ressort-Teilbereiche wie Tourismus oder Sport. Durch die Spiegelung der Ausschüsse an den jeweiligen Ressort-Zuschnitt kann das Parlament einer seiner Hauptaufgaben, nämlich der Kontrolle der Regierungsarbeit, effektiv nachkommen.

Über die Besetzung der Ausschüsse wird in der kommenden Woche fraktionsintern beraten, ehe in der letzten Januarwoche die Ausschussarbeit beginnen wird.

BERLIN III

Union setzt sich für Aussetzung des Familiennachzugs ein

Ebenfalls in dieser Woche hat die Unionsfraktion einen Antrag eingebracht, der die weitere Aussetzung des Familiennachzugs für subsidiär Schutzberechtigte bis zum 31. Juli 2018 vorsieht. Bis zu diesem Datum soll die im Sondierungspapier von CDU, CSU und SPD erarbeitete Regelung zum Familiennachzug in Kraft treten.

Diese sieht vor, dass ein geordneter und gestaffelter Familiennachzug nur aus humanitären Gründen erfolgt. Im Rahmen dessen soll 1000 Menschen pro Monat der Nachzug nach Deutschland ermöglicht werden. Davon unberührt bleibt weiterhin der Familiennachzug zu Flüchtlingen im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention.

Der Antrag der CDU/CSU-Fraktion wurde nun zur weiteren Beratung in den Hauptausschuss des Bundestages überwiesen.

BERLIN IV

Antisemitismus hat in Deutschland keinen Platz

Auf Initiative der CDU/CSU-Fraktion hat ein breites parlamentarisches Bündnis, bestehend aus meiner Fraktion, SPD, Grünen und FDP ein klares Zeichen gegen jede Form von Antisemitismus in Deutschland gesetzt. Gerade in jüngster Zeit haben sich antisemitische Vorfälle gemehrt. Zuletzt gab es im Dezember eine antiisraelische Kundgebung in Berlin am Brandenburger Tor. Solche Vorkommnisse sind absolut inakzeptabel und dürfen gerade angesichts der historischen Verantwortung Deutschlands nicht passieren. Dabei ist zu beobachten, dass der größte Teil antisemitischer Vorfälle rechtsextrem motiviert ist. Zugleich kommt ein neuer muslimischer Antisemitismus durch Zuwanderung, insbesondere aus den Ländern Nordafrikas, des Nahen und Mittleren Ostens hinzu. Diese Probleme müssen offen angesprochen werden. Einen durch Zuwanderung ausgelösten Antisemitismus werden wir ebenso wenig dulden wie jegliche andere Form antisemitischer Verlautbarungen.

Mit dem fraktionsübergreifenden Antrag fordern wir daher die Bundesregierung auf, einen Antisemitismusbeauftragten einzusetzen und das Straf- und Versammlungsrecht dahingehend zu evaluieren, ob es ausreichend ist, um gegen antisemitische Ausschreitungen oder auch gegen das Verbrennen israelischer Flaggen vorzugehen. Auch soll überprüft werden, ob die Integrationskurse die Problematik des Antisemitismus ausreichend vermitteln.

LANDWIRTSCHAFT

Markus Mindermann nimmt an Top-Kurs für Nachwuchskräfte in der Landwirtschaft teil



Foto: Schnieder

Mit Markus Mindermann aus Nohn im Paul-Löbe-Haus.

Die Andreas Hermes Akademie bietet jedes Jahr den sogenannten Top-Kurs an, bei dem junge Nachwuchskräfte im Agrarbereich mittels verschiedenster Kursinhalte, wie Präsentation, Leitung und Führung oder Medienkompetenz, für ihr gesellschaftliches und politisches Engagement gestärkt werden. Dieses Jahr ist Markus Mindermann aus Nohn einer der Teilnehmer, die aus dem gesamten Bundesgebiet kommen. In dieser Woche habe ich mich mit ihm zum Austausch in meinem Bundestagsbüro getroffen. Dabei ging's um die aktuelle politische Situation in Berlin, aber insbesondere auch um die drängenden Herausforderungen in der Agrarpolitik und im ländlichen Raum.

POSTSKRIPTUM

P.S.: Am Rande bemerkt...

...widerspricht Frau Dreyer gerne Frau Dreyer und diese wiederum Frau Dreyer.

Am vergangenen Freitag, kurz nach Ende eines 24-stündigen Verhandlungsmarathons und der Veröffentlichung eines gemeinsamen Sondierungspapier von CDU, CSU und SPD, war Malu Dreyer noch der Überzeugung, dass das Sondierungsergebnis für ihre Partei „sehr, sehr gut sei“, von dem sie auch die Parteibasis „überzeugen könne“.

Nur einen Tag später dann die Kehrtwende. Die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin sprach nun davon, dass die GroKo eine reine „Zweckgemeinschaft“ sei und das in einer Reihe zentraler Themen „nachverhandelt“ werden müsse. Jo-Jo-Dreyer sieht das Sondierungsergebnis nun also eher kritisch. Wohl auch ein Grund dafür, dass Teile der Parteibasis derzeit so vehement gegen eine Neuauflage der GroKo rebellieren.

Wie gut, dass Frau Dreyer Anfang dieser Woche wieder eine 180°-Wende hinlegt und sich überzeugt zeigt, dass das Sondierungsergebnis eine „gute Grundlage“ für Koalitionsverhandlungen sei und es bei diesen auch keine erheblichen Änderungen geben wird.

Bleibt Frau Dreyer nur zu wünschen, dass ihr bei diesem ständigen „im Kreis drehen“ nicht allzu schwindelig wird.

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Patrick Schnieder MdB
 Platz der Republik 1
 11011 Berlin
 Tel.: 030/227 71883
 Fax: 030/227 76240

[E-Mail](#) • [Webseite](#)
[Facebook](#) • [Twitter](#) • [Youtube](#)